

Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(511.) Protokoll über die Arbeitssitzung am 17. Juni 2011

Anwesend: **Axer**, Frau, Marburg; **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Bräunche**, Dr. Ernst Otto, Karlsruhe; **Broeker**, Gudrun, Karlsruhe; **Drollinger**, Dr. Kuno, Karlsruhe; **Gall**, Dr. Wolfgang, Offenburg; **Herzog**, Franz, Malsch; **John**, Dr. Herwig, Marxzell-Pfaffenrot; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Roellecke**, Prof. Dr. Gerd, Karlsruhe; **Schmidgall**, Marburg; **Schwarzmaier**, Prof. Dr. Hansmartin, Karlsruhe.

Vortrag von **Dr. Wolfgang Gall**, Offenburg

über

**Erfolgreich oder gescheitert?
Die Entnazifizierung der Offenburger Stadtverwaltung**

Druck in: Die Ortenau Bd. 89 (2009) S. 397-422

DISKUSSION

Prof. Krimm: Wir sollten in der Diskussion den Ehrgeiz fahren lassen, in einem Akt der Spätaufklärung schwierige Fragen juristisch lösen zu wollen. Fragestellungen könnten dagegen sein: Wie wird gesprochen, wie wird gehandelt, wie wird argumentiert, welche Personengruppen sind betroffen – so, wie Sie es gemacht haben. Zu fragen ist nach dem Funktionieren der Zeit vor `45 oder nach `45, also nach den Mechanismen einer Wende.

Prof. Roellecke: Mir ist unklar, wie weit das Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes in den Rahmen der Entnazifizierung gehörte. Der Artikel 131 war ja ursprünglich für die Beamten gedacht, die in den verlorenen Ostgebieten ihr Amt verloren hatten und versorgt werden mussten. Später wurde dieser Geltungsbereich ausgeweitet, aber das war Interpretation. An sich war die Zentralregel des Grundgesetzes, dass die Entnazifizierungsvorschriften der Alliierten weiter gelten.

Mein zweiter Punkt. Als die Franzosen die Entnazifizierung inszenierten, wollten sie, dass von Deutschland nie wieder Gefahr ausgeht. Dieses Ziel hat man in Offenburg wohl, wie in der übrigen Bundesrepublik, nach menschlichem Ermessen erreicht. Insofern kann man sagen, waren Übergangszeit und Entnazifizierung erfolgreich. Wenn ich es richtig verstanden habe, sagten Sie aber, dass es auch um Gerechtigkeit gehen müsse. Da wird es problematisch. Ob die Verfahren in Offenburg gerecht waren oder nicht gerecht, konnte ich aus den Fällen, die Sie vortrugen, nicht entnehmen. Einer bemühte sich 1935, Karriere zu machen, und hat das 1945 anders dargestellt – das macht eigentlich jeder Straftäter, das machen auch viele Leute, die um ihre Karriere kämpfen; ich sehe ich nicht, worin das Unrecht dieses Mannes liegt. Auch die Franzosen wollten nicht alle NSDAP-Mitglieder ausschalten, sondern nur die in höheren Funktionen. Das geht ausführlich aus dem Gesetz hervor. Und eigentlich sind deshalb nur die ersten beiden Gruppen, die Sie genannt haben, für die Verfahren relevant.

Dr. Gall: Bei Paragraph 131 gebe ich Ihnen natürlich recht: Der Ausgangspunkt war, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, um ehemalige Beamte aus den Ostgebieten versorgen zu können. Dies ist dann erweitert worden; für die Belasteten hatte es die Konsequenz, dass „alte Kämpfer“, die zuerst entlassen worden waren, versucht haben, in die Revision zu gehen und sich auf dieses Gesetz zu berufen. Mit den Gegenüberstellungen der Aussagen und der schriftlichen Vorlagen in den Personalakten wollte ich im Grunde quellenkritisch zeigen,

welche Grautöne es gibt: hatte die Stadtverwaltung recht, Schulz wieder einzustellen, oder nicht? War er jemand, der sich als Nationalsozialist gegeben hat, und in seinem Amt dann versucht hat, Menschen zu retten? Mich hat nicht interessiert, ob die Franzosen richtig gehandelt oder die Spruchkammer richtig geurteilt hat. Sondern: wie funktioniert die Verwaltung? Wie verhalten sich Beamte bei einem Regimewechsel: geben sie ihre Prinzipien auf, um ihre Karriere nicht zu gefährden, machen sie mit, und schauen, dass sie über die Runden kommen? Oder sehen sie jetzt die Möglichkeit, ihre Ziele durchzusetzen, als Fürsorgebeamte gegen Roma und gegen Schwachsinnige, für die so viel Geld ausgegeben wird, einmal richtig „durchzugreifen“? Man muss sich die tägliche Arbeit ansehen. Ein Sachbearbeiter schreibt, man müsse mit den Romas verfahren wie mit den Juden. Aber dieser Sachbearbeiter taucht dann gar nicht in den ersten drei Belasteten-Gruppen auf, sondern in der letzten Gruppe – er war nicht in der NSDAP und wurde nach `45 übernommen. In Akten, die dann aus seiner Hand kommen, findet man aber wieder ähnliche Formulierungen gegenüber den Klienten, die er zu betreuen hat. Das sind die Befunde, die das Urteil „erfolgreich oder gescheitert“, so schwierig machen. Die Erfolgsstatistiken der Franzosen, der KPD-Säuberungsinspektoren und der Parteien helfen da nicht weiter – man muss in die Tiefe gehen. Man muss schauen, wie Netzwerke in der Stadt und in der Stadtverwaltung funktioniert, wie sich Karrierebeamte als Nazis verhalten haben. Meine These ist, dass die Mitgliedschaft in Vereinen, die Zugehörigkeit zu Gruppen entscheidend ist, gleichgültig, zu welcher Zeit. Die kleinstädtischen Beziehungsgeflechte breiten sich über die Politik aus und sind Hilfskonstrukt für die Lebensplanung des Einzelnen. Persilscheine sind Signale dieser Grundgegebenheiten.

Dr. Bräunche: Beispielhaft für Verhalten im Dritten Reiches und für anschließendes Nicht-Wissen-Wollen ist in Baden Walter Köhler, der in seinem Entnazifizierungsverfahren dieses Spiel begonnen und dann noch einmal in seinen Lebenserinnerungen auf die Spitze getrieben hat (vom Druck haben ihn wahrscheinlich wohlmeinende Ratgeber abgebracht; immerhin. hat aber er diese Lebenserinnerungen dem Generallandesarchiv und dem Stadtarchiv Karlsruhe zur Verfügung gestellt). Und auch als stellvertretender Gauleiter, bzw. während Wagners Abwesenheit in Berlin als faktischer Gauleiter und badischer Ministerpräsident, ist er mit dieser glimpflichen Einstufung davon gekommen, ist wieder auf die Beine gefallen. In Weinheim, seiner Geburtsstadt, war er bis zu seinem Tode ein hochangesehener Mann, in Karlsruhe hatte er eine florierende Versicherungskanzlei oder Agentur. Man wird dieses Verhaltensmuster überall finden - ich kann mir nicht vorstellen, dass sich jemals jemand als zu Recht als schuldig eingestuft bezeichnet hat. Aber es gab ja in der Verwaltung auch solche, die nicht mitgemacht

haben (z.B. einige Fälle in Karlsruhe). Wie war deren Position? Gibt es Beispiele höherer Beamten, die sich fernzuhalten vermochten? Gar nicht in die Partei eingetreten sind oder relativ spät? Wie konnten sie sich distanzieren? Und schließlich die Frage nach der Überlieferung: ist – abgesehen von den verschwundenen Akten zu den drei Hauptfunktionären – die Quellenlage in Offenburg gut?

Dr. Gall: Beispiele dafür habe ich nicht gefunden. Ein Alter Kämpfer, der nach 45 übernommen wurde, wurde in der Registratur eingesetzt, um nationalsozialistische Symbole zu schwärzen. Es ist vorstellbar, dass dabei auch Belastungsmaterial verschwunden ist.

Prof. Schwarzmaier: Sie haben einen historischen Vortrag gehalten und wir betrachten diese Dinge als Historiker. Ich gehöre zu den wenigen, ich war bei Kriegsende dreizehn Jahre alt, die Dinge auch miterlebt hat. Ich habe miterlebt, wie die Entnazifizierung abgelaufen ist, wie die Betroffenen reagiert haben, unsere Lehrer, unsere Nachbarn, alle diejenigen, mit denen man zu tun hatte. Dies ist eine andere Perspektive. Die Perspektive des Historikers ist ja relativ jung. Wenn ich recht sehe, hat die historische Beurteilung der Entnazifizierung angefangen mit der Arbeit von Lutz Niethammer in Bayern, in den siebziger Jahren, im Zusammenhang mit der Freigabe der Entnazifizierungsakten. Und erst damit konnte der Historiker einsteigen. Bis dahin gab es im Grunde genommen einen Zeitraum, in dem die Entnazifizierungsfrage jenseits der Betrachtung der Historiker gelegen hatte. Es war keine historische Frage, es war eine persönliche, subjektive Frage. Und sie ist natürlich überall dort, wo sie gestellt wurde, so beantwortet worden, wie es dem jeweiligen Betrachter der einen oder der anderen Seite entsprach. Die Argumente wurden so vorgebracht, wie sie jeder einzelne bringen konnte. Es war keine wissenschaftliche, sondern eine höchst emotionale Diskussion. Und emotional ist sie lange Zeit geblieben. Diese emotionale Diskussion hat für meine Begriffe auch die Arbeit der Historiker sehr stark belastet, denn sie hatte, wie gesagt, etwa dreißig Jahre Priorität. Nun habe ich bei all dem den Eindruck, dass sich die Entnazifizierung höchst verschieden abgespielt hat. Und da wir Landeshistoriker sind, dürfen wir darauf auch hinführen. Wir können das Dorf untersuchen, wir können die Stadt untersuchen. Wir können einen Verein oder größere Kreise untersuchen, so wie Sie es eben getan haben. Und man wird überall gehalten sein, die jeweiligen Bedingungen zu untersuchen, unter denen sie gestanden hat. Sie sind von Offenburg ausgegangen. In Offenburg gab es ja sicherlich sehr viele politische Richtungen nach dem Kriege. Auf der einen Seite das alte Zentrum, auf der anderen Seite ganz stark die ehemalige Sozialdemokratie. Wie haben die Sozialdemokraten unmittelbar nach dem Krieg auf diese

ganze Angelegenheit reagiert? Zum großen Teil waren sie in den Entnazifizierungsgremien vertreten, waren bei den Spruchkammern Vorsitzende. Wie wirkten die Netzwerke, von denen sie gesprochen haben, in diese Beziehungen?

Dr. Gall: In Offenburg gab es vor `33 die Tradition einer großen Koalition zwischen SPD und Zentrum; natürlich war das Zentrum wesentlich stärker. Neben dem Zentrumsbürgermeister gab es ,33 einen SPD-Dezernenten (wir haben von ihm im Film gehört), der dann ins Exil gegangen ist. Sehr stark war auch die KPD. Nach `45 bekamen bei den ersten Wahlen die Christdemokraten über 50%; die Sozialdemokraten waren nicht viel stärker als die KPD. Die Antifaschisten, die sich 45 bildeten, machten ungefähr achthundert Aktive aus. Sie haben zum Teil in den Spruchkammern mitgewirkt, sich dann aber schnell wieder aufgelöst. Bei der ersten Oberbürgermeisterwahl 1948 gab es den CDU-Kandidaten Karl Heinz und als Gegenkandidaten den ehemaligen SPD-Bürgermeister Blumenstock, der von den Nazis verjagt worden war; der CDU-Kandidat gewann mit einer Stimme Mehrheit und blieb 24 Jahre Oberbürgermeister, Offenburg war CDU-Stadt bis 1975. Die Sozialdemokraten spielten bis 1975 nur eine untergeordnete Rolle. Die Linke besaß zusammen etwa 24% im Gemeinderat.

Dr. Bräunche: Noch eine Bemerkung zum Titel. Ich halte die Frage nach Erfolg oder Misserfolg durchaus für legitim. Die Alliierten hatten Ziele und die Historiker können fragen, ob diese Ziele erreicht wurden. Das Ziel, dass von Deutschland kein Krieg mehr ausgeht, wurde sicher erreicht, da stimme ich Herrn Roellecke zu. Man muss aber auch tiefer fragen, ob es auf kommunaler, Landes- und Bundesebene wirklich gelungen ist zu verhindern, dass Leute wieder in Stellungen kommen oder gar bleiben, die sie vorher eingenommen hatten. Da würde ich durchaus Fragezeichen setzen, nicht nur wegen Kloppke & Co., sondern vor allem auch noch auf kommunaler Ebene.

Dr. Gall: Ich muss gestehen: der Titel sollte werbewirksam sein. Es ging mir weniger um ein moralisches Urteil – der Fokus sollte auf zwei Positionen gerichtet sein

Prof. Roellecke: Trotzdem: ist es eine legitime Fragestellung? Nach 45 wurde die Frage, ob jemand im Amt bleibt oder nicht, juristisch entschieden; Es gab ein Netz von Gesetzen zu dieser Frage. Vielleicht sind einige Fälle aus unserer Sicht unbefriedigend entschieden worden, das ist zuzugeben.. Die meisten sind aber nach Recht und Gesetz entschieden worden, nach Alliierten Recht. Es gab eigentümliche Schwierigkeiten, der Andrang bei den

Entnazifizierungsämtern war 1945/46 so groß, dass die zuständigen Behörden dann sehr schnell Amnestien erlassen haben und die Zahl derjenigen, die überhaupt vor Gericht kamen, radikal gesenkt wurde. Aber es ging „mit rechten Dingen“ zu. Man kann nur sagen, der eine oder andere Fall gefällt uns nicht, der hat seine gerechte Strafe nicht bekommen. Bei uns im Ort war das ein Bürgermeister, wirklich ein übler Nazi war. Als die Franzosen kamen, haben sie ihm zuerst die Zähne ausgeschlagen und dann drei Jahre in ein Lager gesteckt. Als er zurückkam, verhielt er sich erst friedlich, dann erhob er Klage auf sein Gehalt. Und zum Ärger des ganzen Dorfes bekam er sein Gehalt. Obwohl jeder im Dorf wusste, dass er Nazi. gewesen war. Aber ich kann darin nichts Schlimmes finden. Der Mann hatte sich im strafrechtlichen Sinne nichts zu Schulden kommen lassen. Wollen Sie eine ganze Generation zum Teufel schicken?

Dr. Gall: Ein Fall, bei dem es wahrscheinlich rechtsstaatlich nicht ganz mit rechten Dingen zugegangen ist. Oskar Wiegert war einer der berüchtigten Jahrgänge 1906/1908, die den Ersten Weltkrieg nicht mitgemacht haben, die groß geworden sind in der Inflationszeit und denen der Nationalsozialismus die Möglichkeit des Karriereschubs gebracht hat. Oskar Wiegert war Lehrer, befristet angestellt in der Mädchenschule. Als Redakteur wirkte er bei der Lokalausgabe des „Führers“ mit und trat gleich in die NSDAP ein. Nach 1933 beanspruchte er als Alter Kämpfer eine Stelle als Lehrer; nach einem oder zwei Jahren war er Rektor. Er trat aus der katholischen Kirche aus, denunzierte mehrere katholische Lehrer, war bei der Zerstörung der Synagoge einer der Organisatoren. Und er war Vorsitzender in der NSDAP. Er wurde kurz interniert. Im Synagogenprozess wurde er als Haupttäter zu zwei Jahren Haft verurteilt. Danach stellte er einen Antrag gestellt auf Übernahme in den Schuldienst; weil er dachte, er komme irgendwo in eine evangelische Gemeinde, ist er zum evangelischen Glauben übergewechselt. Als das nicht klappte, wurde er Katholik und bekam tatsächlich eine Lehrerstelle in der Nähe von Offenburg. Das hat ihm nicht genügt, er wollte Beamter werden; da er mit einer Kriegerwitwe zusammen lebe, wolle er endlich legal heiraten können. Von der Erzdiözese Freiburg bekam er dann auch wieder die Berechtigung zum Religionsunterricht. Er wurde also wieder auf die Kinder losgelassen. Fast wäre er Beamter geworden, wenn nicht der Zinn-Prozess dazwischen gekommen wäre. Er fand im selben Jahr statt, und das Oberschulamt sagte: „Wir können nicht einen Lehrer wegen antisemitischer Äußerungen entlassen und gleichzeitig einen Lehrer verbeamten, der bei der Zerstörung der Synagoge in Offenburg maßgeblich beteiligt war“. Das war ein politischer Grund, er zeigt den Ermessensspielraum, ganz unabhängig von Rechtsstaatlichkeit. Und Wiegert kannte diesen Mann, der in der Schulbehörde zuvor alles für ihn geregelt hatte, aus seiner Zeit als NSDAP-Vorsitzender. Es mag alles mit

rechten Dingen zugegangen sein. Aber wenn er diese Beziehungen nicht gehabt hätte, hätte er vielleicht bei diesem Oberschulamt weniger Chancen gehabt. Solche Fälle werfen tatsächlich grundsätzliche Fragen nach dem „Erfolg“ der Entnazifizierung auf.